

Rede des Bundestagsabgeordneten MARCO BUSCHMANN  
20.05.2010 im Deutschen Bundestag

**Beratung zu den Anträgen „Sexuellen Missbrauch effektiv bekämpfen – Netzsperrern in Europa verhindern“, „Keine Internetsperrern in EU-Richtlinie aufnehmen“ und „Sexuellen Missbrauch von Kindern europaweit effektiv bekämpfen - Opferschutz stärken“**

---

**Marco Buschmann (FDP):**

Frau Präsidentin! Meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Es gibt Themen, die das Hohe Haus einen, und dazu gehört die Bekämpfung des sexuellen Missbrauchs von Kindern und der Verbreitung der entsprechenden Missbrauchsdarstellungen, also dessen, was man gemeinhin Kinderpornografie nennt.

Der Missbrauch von Kindern gehört zu den schlimmsten Straftaten, und die Verbreitung der Aufzeichnung dieser Straftaten perpetuiert den Missbrauch. Deshalb müssen wir die Verbreitung der Missbrauchsdarstellungen effektiv bekämpfen, auf allen Verbreitungskanälen, auch im Internet.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU - Zustimmung des Abg.  
Memet Kilic (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Mit dem Stichwort „Internet“ sind wir beim politischen Kern der heutigen Debatte. Herr Kollege Lischka, ich finde es gut, dass Sie hier auch andere Aspekte vorgetragen haben. Aber machen wir uns nichts vor: Das Internet ist heute der politische Knackpunkt.

(Burkhard Lischka (SPD): Für die Regierungsfaktionen! - Christine  
Lambrecht (SPD): Für uns nicht!)

Auch zwei der drei vorliegenden Anträge ranken sich ausschließlich um dieses Thema. Dazu ist Folgendes zu sagen: Ich teile ausdrücklich die Bewertung, dass das Prinzip „Löschen statt sperren“ für die effektive Bekämpfung von Missbrauchsdarstellungen im Internet sorgt. Internetsperrern überzeugen mich nicht, weil sie leicht zu umgehen sind

(Burkhard Lischka (SPD): Herrn Heveling steht schon der Mund  
offen!)

und das Problem der Verbreitung mithin nicht lösen. Im schlimmsten Fall könnten die für das Sperren erforderlichen Sperrlisten von den kranken Menschen sogar als Wegweiser genutzt werden, um an die Inhalte, nach denen sie auf der Suche sind, zu gelangen.

(Beifall bei der FDP, der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Abgesehen davon freue ich mich über den Sinneswandel, der in diesem Haus stattgefunden hat. Das richtet sich einmal an die SPD. Noch am 18. Juni 2009 hat Ihre Fraktion der Einführung von Netzsperrn in das deutsche Recht die parlamentarische Mehrheit verschafft, und immerhin ein Großteil der Grünen hat sich bei der Frage enthalten.

(Zuruf von der FDP: Hört! Hört! - Josef Philip Winkler (BÜNDNIS  
90/DIE GRÜNEN): Das war ein Kleinteil!)

Dass hier ein Fortschritt stattgefunden hat, finde ich sehr gut. Heute wenden Sie sich gegen das Instrument, für das Sie vor kurzem noch gestritten haben.

(Christine Lambrecht (SPD): Was machen Sie denn in der Koalition?)

„Löschen statt sperren“ heißt bei Ihnen offenbar, das Gedächtnis zu löschen und sich besserer Einsicht nicht zu versperren. Diesen Lernfortschritt kann ich nur begrüßen.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU -  
Christine Lambrecht (SPD): Das kennzeichnet aber keinen aus der  
CDU/CSU!)

Aber bei aller Sympathie: Hinter Ihren Anträgen steckt doch ein durchsichtiges politisches Manöver, das mit der Sache selber nichts zu tun hat. Sie versuchen bewusst, den Eindruck zu erwecken, man müsse die Bundesregierung für die Frage der Netzsperrn sensibilisieren oder auf den Pfad der Tugend zurückführen. Denn alle drei Oppositionsfraktionen haben einen Antrag nach Art. 23 Abs. 3 Grundgesetz gestellt. Ein entsprechender Beschluss führt zu einer Verpflichtung der Bundesregierung, sich mit den Stellungnahmen, wie es in der Kommentarliteratur heißt - ich zitiere -,

(Josef Philip Winkler (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Zitieren Sie lieber mal aus Ihrer Koalitionsvereinbarung!)

auseinanderzusetzen und dies mit der gebotenen Sorgfalt und Rücksichtnahme auf die in der jeweiligen „Stellungnahme“ zum Ausdruck gebrachten Auffassungen des Bundestages.

Mittels dieser Anträge tun Sie so, als ob die Bundesregierung das Thema Netzsperrern gerade nicht mit der gebotenen Sorgfalt behandeln würde und in die falsche Richtung unterwegs wäre.

(Burkhard Lischka (SPD): Ja! Das stimmt ja auch! Sie vertagen das Thema! - Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ach was! Lesen Sie die Anträge doch mal!)

Da liegen Sie schlichtweg falsch.

(Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Dann stimmen Sie doch zu!)

Die neue Bundesregierung unter Beteiligung der FDP hat bislang keinen Zweifel an ihrer Auffassung gelassen,

(Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sie haben doch bislang nichts gemacht!)

was den Umgang mit Netzsperrern angeht.

(Christine Lambrecht (SPD): Das hat sich aber eben noch ganz anders angehört! - Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Dass ich nicht lache! Wir konnten doch hören, was eben von der CDU gesagt wurde!)

Nehmen Sie die verfassungsrechtliche Prüfung des Zugangerschwerungsgesetzes durch den Bundespräsidenten. Hier hat die Bundesregierung dem Herrn Bundespräsidenten ihre abgestimmte Auffassung mitgeteilt. Beteiligt waren das Bundesjustizministerium, das Bundesinnenministerium und das Bundeskanzleramt. In der schriftlichen Stellungnahme, die bekannt geworden ist, heißt es:

Die gegenwärtige Bundesregierung beabsichtigt eine Gesetzesinitiative zur Löschung kinderpornographischer Inhalte im Internet. Bis zum Inkrafttreten dieser Regelung wird sich die Bundesregierung auf der Grundlage des Zugangerschwerungsgesetzes ausschließlich und intensiv für die Löschung derartiger Seiten einsetzen, Zugangssperren aber nicht vornehmen.

Kurz gesagt: Die Bundesregierung folgt dem Prinzip „Löschen statt sperren“.

(Beifall bei der FDP - Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, ja! Und was sagt die CDU/CSU-Fraktion dazu? Das ist völlig unverantwortliche Politik! - Christian Lange (Backnang) (SPD): Was ist denn bloß bei Ihnen los? Gibt es etwa schon wieder eine Koalitionskrise?)

Sogar im Zusammenhang mit der hier zur Debatte stehenden Richtlinie ist die Bundesjustizministerin bereits aktiv geworden. In einem Brief an die zuständige EU-Kommissarin Malmström heißt es, wie zu hören war,

(Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Was zitieren Sie denn da schon wieder? Ich will jetzt mal eine Stellungnahme hören!)

dass für kinderpornografische Inhalte der Grundsatz „Löschen statt sperren“ gelten sollte und dass Netzsperrern kein wirksames Mittel zur Bekämpfung dieser Inhalte sind.

(Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):  
Unverantwortlich!)

**Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:**

Herr Kollege, ich unterbreche Ihren Redefluss nur ungern. Aber Herr Ströbele würde Ihnen gerne eine Zwischenfrage stellen, wodurch sich Ihre Redezeit verlängern würde.

**Marco Buschmann (FDP):**

Bitte, Herr Kollege Ströbele.

**Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:**

Bitte schön.

(Ingrid Fischbach (CDU/CSU): Gebt ihm doch mal Redezeit! Dann muss er nicht so oft Zwischenfragen stellen!)

**Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Ich habe nur eine ganz kurze Frage.

(Zuruf von der CDU/CSU: Das ist schön!)

Herr Kollege, für welche Bundesregierung sprechen Sie?

(Christine Lambrecht (SPD): Das wollte ich auch noch fragen! -  
Christian Lange (Backnang) (SPD): Das wurde doch vorhin schon mal  
gefragt!)

**Marco Buschmann (FDP):**

Ich spreche für die Bundesregierung, die sich gegenüber dem Herrn Bundespräsidenten im Zusammenhang mit der materiellen Prüfung des Gesetzes, dem die SPD die parlamentarische Mehrheit verschafft hat, geäußert hat - das war wohl klar -, also für die jetzige Bundesregierung.

(Beifall bei der FDP - Christine Lambrecht (SPD), an die CDU/CSU  
gewandt: Warum klatschen Sie denn gar nicht? - Burkhard Lischka  
(SPD): Das, was Sie gerade gesagt haben, muss aber noch mal geklärt  
werden!)

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, die Äußerungen vonseiten der Bundesregierung, die ich vorhin erwähnt habe, machen deutlich, dass die Bundesregierung - in Deutschland herrscht Gewaltenteilung - ausreichend sensibilisiert und auf dem richtigen Weg ist.

(Christian Lange (Backnang) (SPD): Das stimmt doch überhaupt  
nicht!)

Die FDP-Fraktion bestärkt die Bundesregierung auf ihrem Weg.

(Josef Philip Winkler (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ach! Sie regieren doch nicht ohne Unterleib, oder doch?)

Wir stärken allen beteiligten Bundesministern den Rücken. Wir sehen keinen Grund, warum wir durch Stellungnahmen nach Art. 23 Abs. 3 Grundgesetz den Eindruck erwecken sollten, als würde die Bundesregierung hier eine andere Haltung einnehmen oder einen anderen Weg einschlagen.

(Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das ist doch Kabarett, was Sie hier vortragen!)

Der Weg der Bundesregierung ist richtig, und er heißt: Löschen statt sperren.

(Beifall bei der FDP - Christian Lange (Backnang) (SPD): Alaaf und Helau! Das ist doch wohl unglaublich! Wer glaubt denn so etwas?  
Die CDU/CSU jedenfalls schweigt betreten! - Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Peinlich, peinlich! - Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Kommt jetzt die Gegenrede von der CSU? - Josef Philip Winkler (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Die FDP-geführte Bundesregierung hat beschlossen! Jetzt haben wir es gehört! - Burkhard Lischka (SPD): Vielleicht sagt die Bundesregierung ja mal etwas dazu!)